

René Bendit

Was tut die Politik für die Jugend in Europa? Jugendpolitiken im europäischen Vergleich

René Bendit beschreibt hier ausführlich, was in Europa unter „Jugend“ verstanden wird und die Lebenssituation junger Menschen in Europa. Den Strukturen, Zielsetzungen und thematischen Schwerpunkten nationaler Jugendpolitiken widmet sich Teil 2 des Artikels, den Sie in den ajs-informationen III/2010 finden. Er stellt Merkmale von „good practices“ der Integration für besonders benachteiligte Jugendliche in verschiedenen Ländern vor.

Einführung

Jugendpolitik in Europa ist vorwiegend eine Sache der jeweiligen EU- Mitgliedsstaaten bzw. der Länder, Regionen und Kommunen. Im Laufe der Jahre sind mit zunehmender Europäisierung jedoch eine Reihe von Kompetenzen der EU übertragen worden (s. Stellungnahme der Bundesregierung zum EU-Weißbuch 2001). Deswegen beruhen Konzipierung und Umsetzung einer europäischen Jugendpolitik inzwischen auf vier Entscheidungs- und Durchführungsebenen nämlich den Kommunen, Regionen (in Deutschland Bundesländer und Bezirke), den EU-Mitgliedstaaten (Nationalen Regierungen) und den EU- Institutionen (insbesondere EU- Ministerrat; Europäisches Parlament und EU- Kommission). Auf breiterer Ebene – also außerhalb der EU- wird europäische Jugendpolitik auch vom Europarat praktiziert¹.

Eine Diskussion von Jugendpolitik in Europa erhält erst dann ihren tieferen Sinn, wenn sie mit einer Analyse der Lebenssituation junger Menschen in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten verbunden wird, da jugendpolitische Maßnahmen und Programme eine Antwort auf deren Lebensbedingungen, Bedürfnissen, Probleme und Erwartungen beinhalten (sollten). Dazu ist weiterhin eine Klärung nötig, was in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten und in der EU unter „Jugend“ und Jugendpolitik verstanden sowie mit eine Analyse der Lebenssituation junger Menschen in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten, da jugendpolitische Maßnahmen und Programme auf spezifische Auffassungen des Jugendbegriffs basieren.

¹ S. Council of Europe: Declaration “The future of the Council of Europe youth policy: Agenda 2020”¹ (adopted in autumn 2008) and Resolution (2008) 23 of the Committee of Ministers on the youth policy of the Council of Europe. In: http://youth-partnership-eu.coe.int/youthpartnership/documents/EKCYP/Youth_Policy/docs/YP_strategies/Policy/CM_Res_2008_23.pdf

Ausgehend von einer Definition von dem was unter „Jugend“ in Europa verstanden wird, soll in diesem Artikel zunächst eine zusammenfassende Darstellung der Lebenssituation junger Menschen in EU – Europa vorgenommen werden. Es sollen dabei Konvergenzen und Divergenzen der Lebensbedingungen junger Menschen in den unterschiedlichen Ländern und Regionen Europas festgestellt werden.

„Jugend“ in Europa

Der „Jugend“ Begriff ist sowohl in jugendpolitischer wie in jugendsoziologischer Perspektive umstritten. Dabei geht es nicht nur um die unterschiedlichen Alterskategorien die mit der Definition des Jugend-Begriffs in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten assoziiert werden sondern auch um die unterschiedliche Kriterien (neben dem Alter) die zur Definition des Begriffs und zu dessen Trennung von den Kategorien „Kindheit“ und „Erwachsenen“ benutzt werden. Darüber hinaus gibt es noch erhebliche Unterschiede zwischen den eher biologischen und psychologisch orientierten Definitionen des Phänomens „Jugend“ und den eher soziologisch geprägten Jugendbegriff. Während aus der ersten Perspektive vorwiegend Entwicklungsprozesse im Mittelpunkt der Analyse stehen, voraus sich die Präferenz für Kategorien wie „Pubertät“ und „Adoleszenz“ erklären lässt, stehen im soziologischen Verständnis von Jugend d.h. von Jugend als eine soziale Kategorie, eher Begriffe wie „Biografie“, „Übergänge“ bzw. „Übergangsvorgänge“, „Jugend als sozialer Akteur“ („Agent“), etc. im Fokus der diesbezüglich theoretischen Überlegungen, empirischen Untersuchungen und sich daraus ergebenden jugendpolitischen Schlussfolgerungen. In modernen Gesellschaften kann „Jugend“ nicht mehr als einheitliche Sozialgruppe bzw. Altersgruppe bezeichnet werden, da die Übergänge von der Kindheit zur Jugend und in das Erwachsenenleben keine eindeutig eingrenzbar Lebensphasen mehr darstellen. Moderne Jugend kann heute als jene Lebenslaufphase charakterisiert werden, in der wichtige Vorkehrungen und Entscheidungen für den weiteren Lebensweg erworben und getroffen werden müssen. Dies wird besonders deutlich am Aspekt des Qualifikationserwerbs. Die Jugendphase gewinnt ihren Sinn primär aus der Aufgabe, sich durch Qualifikationserwerb auf das spätere Leben vorzubereiten. Die Verlängerung und Ausdifferenzierung der Bildungs- und Ausbildungswege sowie die Herauslösung aus traditionellen Lebensbiographien, Familienmodellen und Bildungsverläufen fordert heute von allen Jugendlichen mehr Flexibilität, individuelle Entscheidungsfähigkeit und vielfache Leistungen, um dem Druck des Arbeitsmarkts vor dem Hintergrund ungleicher familiärer und sozialer Ressourcen stand halten zu können.

Im Folgenden wird, ausgehend von ein Verständnis von „Jugend“ als einer eigenständige Lebensphase im Lebenszyklus, innerhalb der wichtige biographische Verläufe, Übergangsprozesse und Statuspassagen stattfinden,

anhand der Analyse von Daten zu verschiedenen jugendspezifischen Themenfelder ein gerafftes Bild der sozialen Lage junger Menschen in Europa skizziert und dabei neben der institutionellen Perspektive die Sichtweisen der jungen Europäer berücksichtigt.

Jugend in den sich wandelnden europäischen Gesellschaften: Herausforderungen an Politik

Eine Charakterisierung der Entwicklung von Kindheit und Jugend in Europa lässt zunächst folgende zentrale Merkmale erkennen: Rückläufige demografische Entwicklung und Alterung der Bevölkerung in den meisten EU-Mitgliedsstaaten zwischen 2000 und 2030, Missverhältnis zwischen jungen (nachwachsenden) und älteren Bevölkerungsgruppen, Veränderungen in den Familienstrukturen und in den Inter-Generationen- sowie in den Inter-Gender Verhältnissen, Verlängerung der Bildungs- und Ausbildungszeiten mit Konsequenzen für die Selbstständigkeit junger Menschen und für den Arbeitsmarkt, Probleme der sozialen und politischen Integration der jungen Menschen in das gesellschaftliche Leben, womit auch Fragen des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft und der Demokratie angesprochen werden.

Demografie und Bildung

Anfang 2006 zählte die Europäische Union (EU-25)² 462 Millionen Einwohner. Darunter waren über 78 Millionen Jugendliche unter 15 Jahren und über 62 Millionen 15 bis 24-Jährige. Der Anteil junger Menschen unter 25 Jahren wird in der EU auf 28,6% geschätzt. Dänemark hat den höchsten Anteil Jugendlicher unter 15 Jahren (18,7%), dicht gefolgt von Frankreich (18,4%) und Finnland (17,3%). Deutschland bildet mit Spanien das Schlusslicht in dieser Alterskohorte (14,1% und 14,5%). Deutschland weist auch bei den 15-24-Jährigen einen geringen Anteil auf, ebenso wie Dänemark (jeweils 11,2%). Rumänien weist in dieser Altersgruppe mit Abstand das größte Potential auf (15,2%) (EUROSTAT 2007). Der demografische Wandel in Europa hat allerdings zur Folge, dass sich bis zum Jahr 2050 der Anteil Jugendlicher voraussichtlich um 25% reduzieren und der Anteil der 65-79-Jährigen um 44% erhöhen wird.

Nach einer 2007 vorgelegten Studie über eine Jugendförderungs politik der Europäischen Kommission (BARRINGTON-LEACH, CANOY, HUBERT & LERAI 2007) leiden Bildung und Ausbildung junger Europäer an folgenden

² Die EU-25 umfasst die EU-15 plus die 10 neuen Mitgliedsstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind: Zypern (nur der griechische Teil), die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien. Bulgarien und Rumänien sind seit Januar 2007 Mitgliedsstaaten der EU.

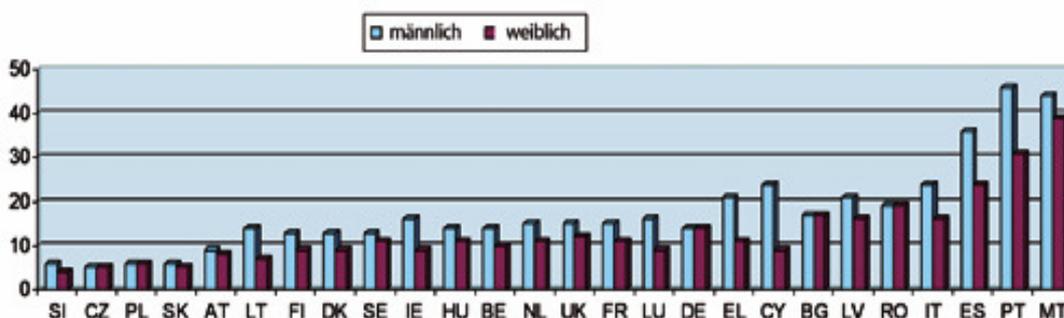
Schwächen:

- 2005 haben 77,3% aller Europäer zwischen 20 und 24 Jahren einen Abschluss der schulischen Sekundarstufe erreicht. Das war gegenüber 2000 nur ein Zuwachs von 1%. Um das Ziel der EU von 85% im Jahr 2010 zu erreichen, ist aber ein jährlicher Zuwachs von 1,5% nötig. Demnach müssten bis 2010 im Vergleich zu 2005 zwei Millionen 20- bis 24-Jährige zusätzlich einen schulischen Sekundarabschluss erreichen.
- Es wurden keine Fortschritte erzielt, das Ziel einer Rückführung defizitärer Leseleistungen um 20% auf 15,5% im Zeitraum von 2000 bis 2003 zu erreichen. Annähernd 20% der 15-Jährigen leiden unter dieser Leseschwäche.
- In schnellem Wachstum begriffen sind tertiäre Bildungsabschlüsse. 21% der EU-25 Bevölkerung im Erwerbsalter besitzen solche Abschlüsse, während unter den 55- bis 59-Jährigen das nur bei 12,5% der Fall ist. Gleichwohl liegt die EU bei den tertiären Abschlüssen noch weit hinter den USA (38%), Kanada (43%) und Japan (36%).
- Die tertiäre Bildung der EU leidet unter finanzieller Unterausstattung. Die EU investierte 2001 1,28% des Bruttonationalprodukts in die höhere Bildung, in Kanada waren es 2,5%, in den USA 3,25%.
- Zwischen 2000 und 2003 nahm der Anteil der Schüler von in erster Generation immigrierten Eltern um 12,8% zu, bei den selbst immigrierten Schülern um 9%. Beiden Gruppen droht die Gefahr niedriger oder unzureichender Bildungsabschlüsse.
- Trotz hoher Abschlussraten auf sekundärem und tertiärem Niveau bleiben Frauen auf den höchsten Bildungsrängen unterrepräsentiert. Frauen stellen 59% der tertiär Graduierten und 41% der Promovierten, aber nur 15% der Professoren.
- Bezogen auf die EU-25 haben 80% der 20- bis 24-jährigen Frauen, aber nur 74,6% der gleichaltrigen Männer einen Schulabschluss auf gehobenem Sekundärniveau. Die Zahl der frühen Schulabbrüche in der EU-25 hat zwar zwischen 2000 und 2005 leicht abgenommen, erreichte aber 2005 immer noch ein Niveau von über 14%, wobei unter den Jungen 18% unter den Mädchen nur 12,5% Schulabbrecher zu verzeichnen waren.
- Die Zahl der frühen Schulabbrüche in der EU-25 hat zwar zwischen 2000 und 2005 leicht abgenommen, erreichte aber 2005 immer noch ein Niveau von über 14%, wobei unter den Jungen 18% unter den Mädchen nur 12,5% Schulabbrecher zu verzeichnen waren.

Aus diesen Daten ist zu entnehmen dass in allen EU- Mitgliedstaaten ein Großteil der 15- bis 19jährigen sich in einem Bildungs- oder Ausbildungsverhältnis befindet, und sogar viele ältere Jugendliche und junge Erwachsene – wenn auch nicht die Mehrheit – im Ausbildungssystem bleiben. Tatsächlich stehen „Jung sein“ und „Schüler/Student sein“ in einem so engen Verhältnis zueinander, dass es gewöhnlich als ein Problem angesehen wird, wenn der eine Status nicht mit dem anderen zusammenfällt.

Die Bestandsaufnahmen zur Demografie und Bildung spiegeln in erster Linie die Problemsicht politischer Akteure auf europäischem Niveau. Im Folgenden werden verstärkt auch die Sichtweisen der jungen Europäer selbst zur Sprache kommen³. Diesbezügliche Daten aus empirischen Untersuchungen zeigen z.B. dass die meisten europäischen Jugendlichen ein relativ großes Vertrauen in die Bildungseinrichtungen haben, die sie besuchen und meinen, dass Schulbesuch bzw. Bildung und Berufsausbildung die wichtigsten Wege seien, um Fertigkeiten und Befähigungsnachweise zu erwerben, die zusammen mit einer gut bezahlten, sicheren Arbeit für ihre Zukunft entscheidend sind. Deswegen wundert es nicht, dass ein immer größer werdender Teil der europäischen Jugendlichen nach der Pflichtschule eine weiterführende Schule besucht oder eine berufliche Ausbildung durchläuft. So wird einerseits die in einem Lehr- oder Ausbildungsverhältnis verbrachte Zeit immer länger. Auf der anderen Seite ist allerdings festzustellen, dass Schulabbrecher – wenn auch ihre Zahl zurückgeht – meistens nicht über die nötigen Nachweise und Fertigkeiten verfügen, um einen zufrieden stellenden Platz in der Arbeitswelt zu erhalten.

Abbildung 1: Schulabbrecher nach Geschlecht – 2006



³ Folgende Datenquellen wurden dafür verwendet: Die von der Generaldirektion „Communication“ der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie auf der Grundlage des Eurobarometers 2007 (vgl. THE GALLUP ORGANIZATION 2007). Im Folgenden wird diese Quelle unter dem Kürzel EB07 zitiert.

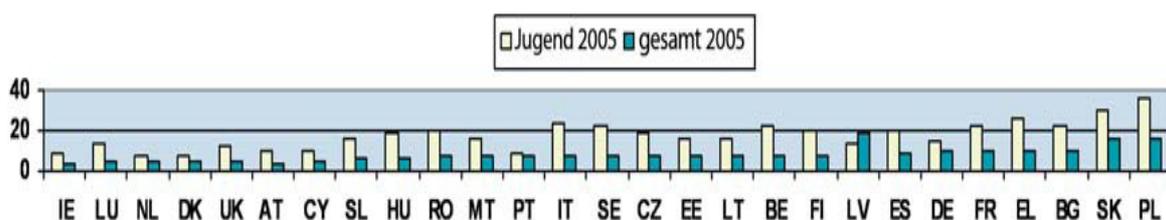
Die Daten des Eurobarometers von 1997 (abgekürzt EB97). Mit diesen Daten wurden eigene Berechnungen durchgeführt. Um einen Vergleich über den 10-Jahreszeitraum zu ermöglichen, wurden die komparativen Analysen auf die Staaten der EU-15 begrenzt. Der Umstand, dass das EB07 Personen zwischen 15 und 30 Jahren, das EB97 nur Personen zwischen 15 und 25 Jahren befragt hat, lässt sich durch Kreuzung mit soziodemografischen Variablen kontrollieren.

Die Ergebnisse der OECD- PISA – Studie (2003) zeigen darüber hinaus, dass es einen engen Zusammenhang zwischen schulischen Leistungen und den sozioökonomischen Hintergrund der Schüler gibt. Kinder aus Familien im unteren Viertel der sozioökonomischen Skala, liegen beim Vergleich der mathematischen Kenntnisse im Durchschnitt 84 Punkte unter Schülerinnen und Schülern aus dem oberen Viertel. Eine beträchtliche Kluft im Leistungsstand liegt außerdem zwischen inländischen und zugewanderten Schülerinnen und Schülern (einschließlich der am Wohnort ihrer zugewanderten Eltern und der im Ausland Geborenen). Der Durchschnitt aus 17 EU-Staaten ergibt, dass 25% der zugewanderten Schülerinnen und Schüler grundlegende mathematische Kenntnisse nicht beherrschen – verglichen mit nur einem kleinen Prozentsatz der inländischen Schülerinnen und Schüler. Die PISA Studie zeigt weiter das im Fach *Mathematik* die 15jährigen Migrantinnen und Migranten der ersten Generation in ihrem Leistungsniveau ein Schuljahr hinter ihren inländischen Mitschülerinnen und Mitschülern zurückliegen.

Jugendliche auf den Arbeitsmarkt

Jugendliche und junge Erwachsene in Europa haben im Vergleich zu den älteren Erwachsenen in den letzten zwanzig Jahren eine Verschlechterung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt erlebt: Die Beschäftigungsquoten junger Menschen sind – bezogen auf die nämliche Altersgruppe, d. h. im *Intra-Generationen* Vergleich – in den letzten zwei Jahrzehnten gesunken, während ihre Arbeitslosenraten gestiegen sind. Auch im Inter-Generationen Vergleich sind in den untersuchten Ländern – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs – die Beschäftigungsquoten der 15- bis 24-Jährigen viel niedriger und ihre Arbeitslosenraten viel höher als die der 25- bis 64jährigen.

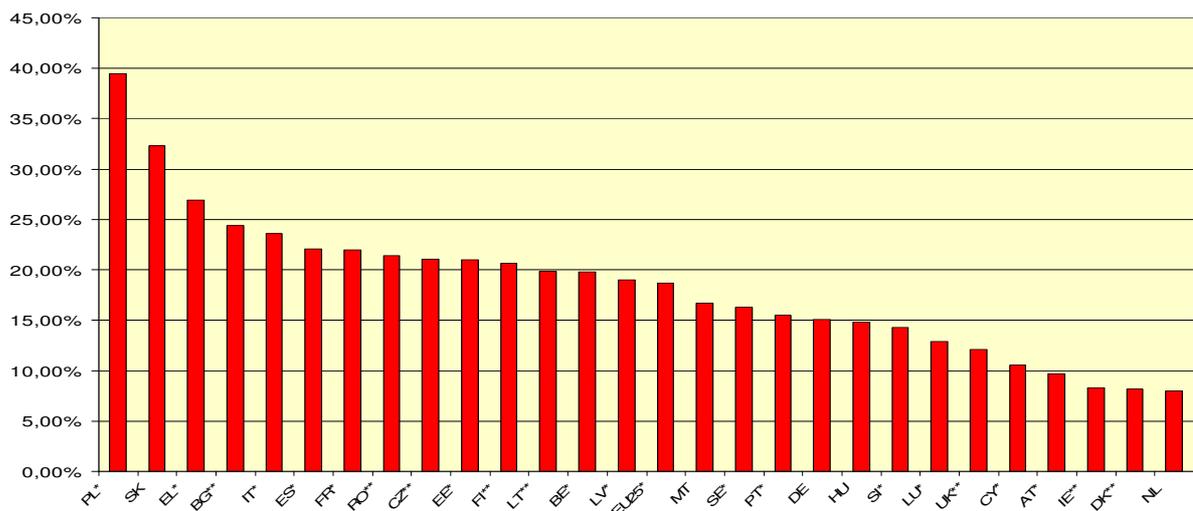
Abbildung 2: Gesamtarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit 2005



Arbeitslosigkeit und Lösungsansätze aus der Sicht junger Europäer:

Daten von EUROSTAT (2004) zu Folge lag der Mittelwert der Arbeitslosigkeit junger Europäer in der Eu-25 zwischen 15 und 25 Jahren im Jahr 2004 bei 18%. Unter dieser Schwelle blieben vorwiegend Länder aus EU-15 mit dem Spitzenreiter Niederlande (8%), aber auch einige der neuen Beitrittsländer wie Zypern, Slowenien, Ungarn und Malta. Oberhalb dieser Schwelle befanden sich die Mehrzahl der neuen Beitrittsländer, aber auch einige Staaten der EU-15 wie Belgien, Finnland, Frankreich sowie die Mittelmeerländer Spanien, Italien und Griechenland. Schlusslicht war Polen, mit annähernd 40% Arbeitslosigkeit.

Abbildung 3: Arbeitslosigkeitsrate Jugendlicher 2004 (Eurostat)



Die Benachteiligung der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt wird durch steigende Arbeitslosenquoten und durch Kürzungen im Wohlfahrtssystem verstärkt. In einigen EU-Ländern, wie z. B. in den Niederlanden und Großbritannien, sind Arbeitslosenhilfen für Jugendliche, die noch nicht berufstätig waren gekürzt oder die Verteilungsregeln restriktiver geworden. Jedenfalls begünstigt der Sozialschutz in den meisten EU-Ländern die Jugendlichen weniger als die Erwachsenen.

Wie gehen junge Europäer mit Arbeitslosigkeit um?

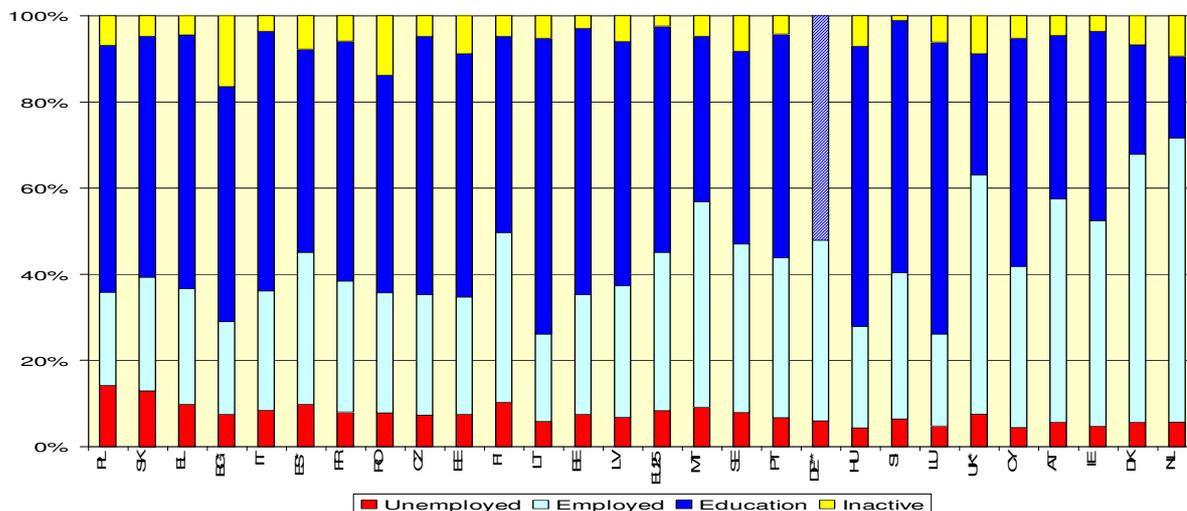
Nach dem EB07 würden 33% der jungen Europäer im Falle einer Arbeitslosigkeit jedes Jobangebot wahrnehmen, wenn es Minimalstandards in Sachen Sicherheit und Bezahlung erfüllte. 31% zögen es vor, eine Lehre oder berufliche Trainingskurse zu besuchen. 14% erwägen die Gründung einer eigenen Firma. 10% würden jedes Jobangebot ohne Vorbedingungen annehmen, für 4% wäre Schwarzarbeit eine Alternative. Jeweils 3% fassen unbezahlte Freiwilligenarbeit oder soziales Engagement ins Auge bzw. würden auf ein für sie geeignetes Jobangebot warten. Im Ländervergleich sind junge Europäer der EU-15 eher bereit als ihre Altersgenossen aus den neuen Mitgliedsstaaten, eine Lehre oder Trainingskurse zu absolvieren (32% vs. 26%). Dagegen sind letztere eher geneigt, ein eigenes Unternehmen zu gründen (18% vs. 13%). Die Bereitschaft, jeden Job ohne Vorbedingungen anzunehmen, ist in Schweden (21%) am höchsten und in Litauen (4%) am niedrigsten. Der Vergleich innerhalb der EU-15 zwischen 1997 und 2007 offenbart einen deutlichen Rückgang der Bereitschaft, jedes Jobangebot mit Minimalstandards anzunehmen (von 58% auf 33%) sowie eine ebenso deutliche Zunahme des Interesses an einer Lehre oder beruflichen Trainingskursen (von 15% auf 32%). Gewachsen ist außerdem der Wunsch, im Fall einer Arbeitslosigkeit ein eigenes Unternehmen zu gründen (von 5% auf 13%) oder unbezahlte Freiwilligenarbeit zu leisten (von 1% auf 4%). Die Bereitschaft, jeden Job ohne Vorbedingungen anzunehmen, ist hingegen von 15% auf 11% gefallen.

Status der Jugendlichen im Übergang Schule – Beruf

Vor dem Hintergrund der bisher präsentierten Daten zu Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, lassen sich in allen EU- Mitgliedstaaten eine Typologie von vier wesentlichen Gruppen von Jugendlichen identifizieren, die sich im Status des Übergangs Schule-Beruf befinden:

- Jugendliche die sich in weiterführender oder beruflicher Ausbildung befinden
- Jugendliche, die bereits einen Arbeitsplatz haben (diesen manchmal auch mit einer weiterführenden Bildung verbinden)
- Arbeitslos registrierte Jugendliche, die den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und
- „Inaktive“ d.h. solche, die sich weder in Bildung oder Ausbildung befinden, noch in Beschäftigung oder als Arbeitslose dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Abbildung 4: Hauptstatus der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Europa



Unterschiedliche Untersuchungen zeigen, dass sich in der Gruppe der „nicht Aktiven“, also derjenigen, die nicht in Bildung/Ausbildung, beschäftigt oder arbeitslos registriert sind, meistens diejenigen Jugendliche befinden, die den sog. „benachteiligten“ Jugendlichen zuzurechnen sind.

Soziale Probleme: Armut und Benachteiligung

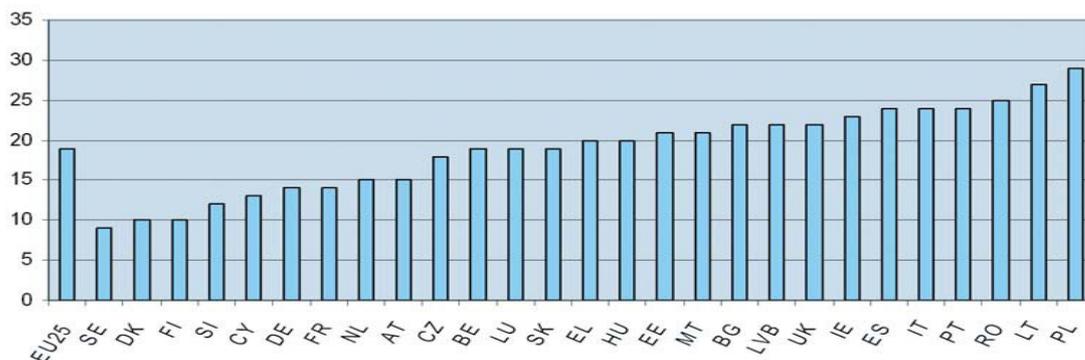
Das Ausmaß sozialer Probleme in den Mitgliedstaaten der EU lässt sich zunächst anhand folgender Fakten skizzieren: 3,8% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und 8% der EU-Bürgerinnen und Bürger leben in so genannter Arbeitsarmut. Arbeitslosigkeit, Armut und Benachteiligung sind also die zentralen sozialen Probleme, mit denen die EU-Mitgliedstaaten zu kämpfen haben. Diese Situation hat sich nach der Finanzkrise im Jahr 2009/2010 in einigen EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien; Griechenland; Irland; Ungarn; Italien; Polen; Portugal; Rumänien und Spanien) um einiges verschärft.

Kindheits- und Jugendarmut

Es ist dabei davon auszugehen, dass das sozioökonomische Umfeld eines Kindes oder eines Jugendlichen von Anbeginn einer der Hauptfaktoren ist, die sich entscheidend auf sein allgemeines Wohlergehen und seine Zukunftsaussichten auswirken werden. So zeigen unterschiedliche Untersuchungen, dass in armen Verhältnissen aufwachsende Kinder anfälliger für gesundheitliche Probleme sind, eher die Schule abbrechen, schwerer einen

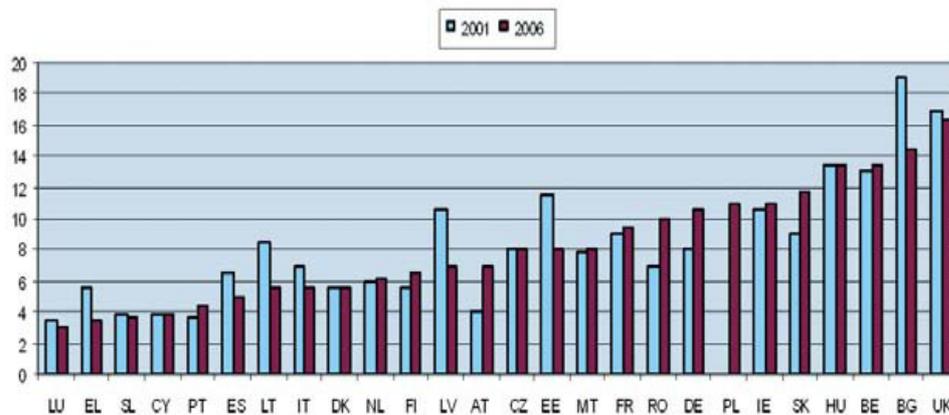
Ausbildungs- und/ oder Arbeitsplatz finden, diesen oft wieder verlieren und weniger bürgerschaftliches Engagement zeigen. Diese Probleme treten oftmals generationsübergreifend auf, so dass die „Vererbung“ der Armut von einer Generation auf die nächste eines der schwierigsten zu bewältigenden Probleme darstellt. Die Gesellschaft zahlt sowohl für das ungenutzte menschliche und soziale „Kapital“ als auch für die Folgen sozialer Fehlentwicklungen einen enormen Preis. In der gesamten EU-Bevölkerung (27 Länder) lebten im Jahr 2006 etwa 72 Millionen Menschen in Armut. Davon waren 18 Millionen unter 18 Jahre alt, während weitere 19% der Kinder (unter 15 jährige) von Armut bedroht waren.

Abbildung 5: Rate der Kinder von 0 bis 17 Jahren mit Armutsrisiko (SILC 2005)



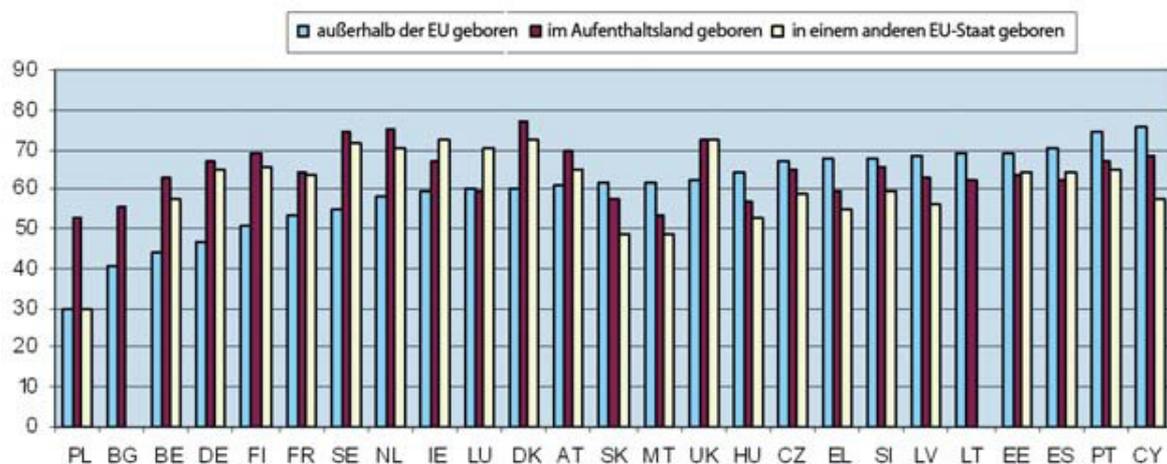
Kinder aus erwerbslosen Haushalten sind am ehesten der Gefahr von Armut ausgesetzt. In Belgien, Deutschland, Irland, Portugal und Großbritannien sind über 70% der Kinder aus Haushalten ohne erwerbstätigen Erwachsenen durch Armut gefährdet. In den einzelnen EU-Staaten sind die Zahlen sehr unterschiedlich; in neun Mitgliedstaaten wachsen mindestens 20% der Kinder in erwerbslosen Haushalten auf (s. Abbildung 6).

Abbildung 6: Prozentsatz der in erwerbslosen Haushalten lebenden Kinder
2001 & 2006



Die Problematik verschärft sich insbesondere für Migrantenfamilien, die in der gesamten EU stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind (s. Abbildung 7).

Abbildung 7: Beschäftigungsraten je nach Migrationshintergrund (2005)



Armut schlägt sich besonders gravierend in der europäischen Roma-Gemeinschaft – Europas größter ethnischer Minderheit – nieder. In vielen Roma-Gemeinschaften liegt die Arbeitslosigkeit bei 70%, die Kinder leben unter

schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen, mit denen Ausgrenzung und Diskriminierung im Bildungswesen sowie beim Zugang zu Dienstleistungen einhergehen.

Situation Benachteiligter Jugendlicher im Übergang von Schule, Ausbildung und Beruf:

Benachteiligung im Kontext der Übergänge von Schule, Ausbildung und Beruf wird als die ungleiche Verteilung von Partizipationschancen und das Risiko des sozialen Ausschlusses in den individuellen Übergangsverläufen von Bildung in Beschäftigung definiert. Benachteiligung resultiert aus einem Zusammenspiel von strukturell und institutionell bedingten Faktoren. Dazu zählen einerseits die mangelnde Zugänglichkeit zu Bildungs- Ausbildungs- und Erwerbschancen und ihre Erreichbarkeit sowie die geringe subjektive Relevanz von verfügbaren Möglichkeiten im Übergang zwischen Schule und Beruf. Andererseits steht diesen strukturellen Mängeln ein individueller Mangel an Ressourcen gegenüber, um diese Chancen als solche wahrzunehmen. Zusammengefasst gehören europaweit zu den Ursachen von Benachteiligung Jugendlicher am Übergang von Schule und Beruf: Defizitäre ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen, problematische Familienkonstellationen, frühzeitiges Verlassen des Bildungssystems, problematischer biographischer Verlauf, Arbeitslosigkeit der Eltern und des Jugendlichen selbst, keine gezielte Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und junge Erwachsene und das Fehlen oder unzureichende Integrationspolitiken und sozialpädagogische Maßnahmen, um benachteiligte Jugendliche zu fördern. Die soziale Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen, die in schwierigen Verhältnissen leben, generiert unterschiedliche Konstellationen von Benachteiligungsstrukturen, die sich in den Bereichen Schule, berufliche Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt sowie auch bei der sozialen und politischen Partizipation dieser Jugendlichen zeigen. Im Rahmen solcher Benachteiligtenstrukturen interagiert der Mangel an Ressourcen und Chancen mit existierenden oder nicht existierenden individuellen Ressourcen, Kompetenzen, Orientierungen und Bewältigungsstrategien.

Wer in EU- Europa gilt wo und warum als „Benachteiligt“?

In den meisten europäischen Ländern werden folgende Gruppen als Zielgruppen von Programmen und Maßnahmen für „Benachteiligte“ definiert: „Migranten/-tinnen“, „Travellers“, bestimmte ethnische Minderheiten wie Sinti, Roma; Gitanos (Gipsies), „Flüchtlinge“, alleinerziehende junge Frauen und Mädchen und Jugendliche mit Drogenprobleme bzw. Problemen mit der Justiz.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo Benachteiligung in einer Reihe von Leistungsgesetzen kodifiziert ist (SGB II, III, VIII), gibt es in den meisten anderen europäischen Ländern keine allgemein gültige, rechtsverbindliche Definition, wer als benachteiligt gilt. Vielmehr herrscht in den meisten europäischen Ländern eine programmbezogene

Definition vor, d.h. es wird punktuell festgelegt, wer die entsprechenden Leistungen und Angebote in Anspruch nehmen darf oder soll. Eine gesetzliche Regelung von Benachteiligung hat Vor- und Nachteile, z.B. hat das deutsche System, mit seiner rechtlichen Festschreibung von Anspruchsberechtigten den Vorteil, dass es eine Rechtsverbindlichkeit und Einklagbarkeit von Förderleistungen gibt. Es hat aber auch bestimmte Nachteile, z.B. die dadurch bedingte geringe Flexibilität und Anpassung der Maßnahmen an die tatsächliche Lebenssituation der potenziellen Klienten. Darüber hinaus bringt die juristische Definition eines Jugendlichen als „Benachteiligter“ bestimmte Stigmatisierungseffekte mit sich (vgl. Walther, 2003). Diese Nebeneffekte treten nicht auf, wo es eine solche gesetzliche Regelung des Benachteiligtenseins nicht gibt (z.B. Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Spanien).

Gesundheitsstatus und Risikoverhalten junger Menschen in Europa

Gesundheitsstatus

Heutige Kinder und Jugendliche profitieren wahrscheinlich am meisten von den Fortschritten im Gesundheitswesen, da mehr als je zuvor Kinder Zugang zu den öffentlichen Strukturen haben und in hygienischen Verhältnissen leben, wenngleich die Ernährungsgewohnheiten in vielen Ländern eine neue Bedrohung für die Gesundheit der Jugend darstellen. In allen Ländern EU – Europas haben 15jährige junge Männer eine Lebenserwartung von weiteren 60 Jahren, Mädchen im Durchschnitt von weiteren 65 Jahren.

Trotz dieser allgemein positiven Entwicklung ist der Gesundheitsstatus europäischer Jugendlicher nicht unproblematisch. Dies zeigen folgende Daten: Schätzungsweise 14 Millionen Kinder in der EU leiden an Übergewicht, diese Zahl steigt jährlich um 400.000. Drei Millionen dieser Kinder haben das Stadium der Fettleibigkeit erreicht, jedes Jahr werden 85.000 neue Fälle registriert. Ein Drittel der Kindererkrankungen von der Geburt bis zum Alter von 19 Jahren können auf ein unsicheres und ungesundes Lebensumfeld zurückgeführt werden. Luft- und Umweltverschmutzungen stehen in Zusammenhang mit Atembeschwerden sowie niedrigem Geburtsgewicht.

Unterschiede in der Lebenserwartung von Land zu Land sind relativ gering. Dennoch gibt es große Unterschiede, was die Jugendsterblichkeit und schlechte, gesundheitsgefährdende Gewohnheiten anbelangt. Ein erster größer, hinlänglich bekannter Unterschied bezieht sich auf die höhere Jugendsterblichkeit unter jungen Männern: sie ist zwei bis vier mal so hoch wie bei jungen Frauen/Mädchen (s. Hackauf/Winzen 2004). Auch auf diese und

andere Risikofaktoren, die im folgenden angesprochen werden, müsste eine integrierte und koordinierte Querschnittjugendpolitik in Europa eingehen.

Risikoverhalten junger Menschen

Allgemein wird unter „Risiko“ eine bewusst oder kalkuliert eingegangene Gefahr verstanden. Viele riskante Verhaltensweisen entwickeln sich im späten Kindes- und frühen Jugendalter, da in dieser Zeit im Sinne einer Entwicklungsaufgabe die eigenen Grenzen entdeckt und justiert werden müssen. Unter riskanten Verhaltensweisen werden solche mit einer herabgesetzten Wahrscheinlichkeit eines nicht schädlichen Verhaltensergebnisses verstanden. Diese wirken auf die Risikopersonen meist stimulierend und anziehend. Gerade die Ergebnisunsicherheit dieser Verhaltensweisen übt auf viele, insbesondere männliche, Jugendliche einen stark anziehenden Reiz aus. Die häufigsten Formen riskanten Verhaltens sind im Umgang mit psychotropen Substanzen, Sexualität und potenziellen Unfallsituationen (z.B. im Straßenverkehr) zu finden. Gemeinsames Thema dieser Situationen ist die Erfahrung von Grenzerlebnissen und Grenzüberschreitungen. Risikoverhalten und Risikosuche gelten als jugendtypisches Verhalten, das hauptsächlich die Jungen betrifft. Substanzkonsum dient dabei zum einen der Modulation der eigenen Befindlichkeit im Umfeld von Risikoverhaltensweisen: Angstreduktion im Angesicht gefährlicher Situationen, Dämpfung moralischer und sozialer Hemmungen zur Ausführung riskanter Handlungen, Einschränkung der kognitiven Beurteilungskompetenz in Risikosituationen, Stimulation und Antrieb in Richtung Hyperaktivität. Substanzkonsum kann aber auch als Risikoverhalten an sich betrachtet werden. Dies trifft etwa im Falle übermäßigen Konsums mit Vergiftungsfolgen und des Konsums unbekannter (illegaler) Substanzen bzw. Substanzmischungen zu. Dennoch sollte das meist jugendtypische Streben nach Genuss und Rausch nicht vorschnell verdammt, sondern in vielen Fällen als Durchgangsstadium verstanden werden. Einer Risikoreduktion und die Integration in relativ risikoarme Lebensstile und Entwicklungsverläufe ist anzustreben, um größere Schädigungen zu vermeiden (Klein, 2004).

Das Risikoverhalten der jungen Europäer ist am geringsten in Nordeuropa und am höchsten in Südeuropa. Es gibt aber auch bedeutende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die Sterblichkeitsrate variiert beträchtlich: In Portugal, das die höchste Rate verzeichnet, ist die Jugendsterblichkeit junger Männer dreimal so hoch wie in Schweden, das die niedrigste Rate hat. Die Sterblichkeitsrate junger Frauen ist fast zweimal so hoch. Wenn nur die Sterblichkeitsrate bei Verkehrsunfällen untersucht wird, ist das Verhältnis Portugal – Schweden für junge Männer 5:1 und 3:1 für junge Frauen/Mädchen (s. IARD 2001).

In den Mittelmeerländern zeigt sich ein besonders hohes Risiko von jungen Menschen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen, aber auch in Österreich, Deutschland und Belgien. Junge Menschen in den Nordischen Ländern, vor allem in Finnland und Österreich, weisen ein besonders hohes Risiko in Hinblick auf selbst - verursachte Verletzungen und auf Selbstmord auf.

Was die Selbstmordrate betrifft, sind Selbstmorde junger Frauen und Mädchen in allen Ländern relativ selten. Die nordeuropäischen Länder verzeichnen generell eine niedrigere Rate. Geschlechtsspezifische Unterschiede werden vor allem beim Zigarettenkonsum und bei Verkehrsunfällen verzeichnet (die Sterblichkeitsrate ist bei jungen Männern 3 bis 5mal höher als bei jungen Frauen/Mädchen) und auch bei Selbstmorden (die Selbstmordrate ist bei jungen Männern 4 bis 7mal höher als bei jungen Frauen/Mädchen, außer in den Niederlanden und in Portugal, wo sie „nur“ doppelt so hoch ist).

Jugenddelinquenz in Europa

Eine systematische und vergleichende Untersuchung der Jugendkriminalität in EU- Europa ist durch unterschiedliche Faktoren, wie z.B. die unterschiedliche Bereitschaft über eine begangene Straftat zu berichten, unterschiedliche Erfassungssysteme in den Mitgliedstaaten sowie dadurch behindert, dass Veränderungen im Rahmen der professionellen Routine bei Polizei oder den Gerichtshöfen, statistisch nicht in den Blick genommen werden.

Veränderungen in der Anzahl der Verdachtsfälle können auf Veränderungen in der Kriminalität, in der Anzeige von Verbrechen sowie in den Prioritäten der Polizei zurückzuführen sein. Aus diesen Gründen ist es durchaus gerechtfertigt, statistischen Angaben in Bezug auf die Kriminalität als Beschreibung der „wirklichen“ Lage skeptisch gegenüberzustehen. Darüber hinaus ist es wichtig, die offiziellen Statistiken, wenn möglich, durch weitere Indikatoren zu ergänzen wie zum Beispiel Untersuchungen über die Opfer und Aussagen der Täter selbst sowie Informationen über die Entwicklung der Drogenabhängigkeit. Daten zur Jugenddelinquenz in einzelnen EU-Mitgliedstaaten können bei Autoren wie Estrada (1996), Junger-Tas/ Haen Marshall /Enzmann./ Killas/ Steketee & Gruszczynska (2009) nachgelesen werden.

Fazit Ausblick und Schlussfolgerungen zu den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in EU- Europa:

Die analysierten Daten zu den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in EU-Europa zeigen, dass trotz einer allgemeinen Tendenz zur Angleichung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in EU-Europa, immer noch erhebliche nationale und regionale Disparitäten der Lebensverhältnisse zwischen Nord und Süd sowie zwischen West- und Osteuropa existiert. Die institutionelle Sicht der demografischen Entwicklung und des Bildungsniveaus in Europa legt den Schluss nahe, dass die Expansion der EU auf nunmehr 27 Mitgliedsstaaten nicht in gleichem Umfang von Erfolgen bei der Umsetzung sozial- und bildungspolitischer Ziele innerhalb der Union begleitet war. Die Sicht der betroffenen jungen Europäer spiegelt diese Einschätzung wider. Der Zeitvergleich über die 10 Jahre seit 1997 zeigt, dass die EU aus Sicht der jungen Europäer bei der Etablierung eines europäischen Arbeitsmarktes nicht nur nicht vorangekommen ist, sondern sich sogar zurück entwickelt hat. Weder sind für Jugendliche bestimmter Mitgliedstaaten die administrativen Hürden beim Wechsel auf einen Arbeitsplatz im Ausland niedriger geworden, noch hat die EU Fortschritte bei der europaweiten Anerkennung nationaler Qualifikationen gemacht, im Gegenteil. Der „Bologna Prozess“ ist allerdings ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Auch auf dem Wohnungsmarkt haben nach Ansicht der jungen Europäer negative Einflüsse, die sich auf die Ablösung vom Elternhaus auswirken, nicht abgenommen sondern eher zugenommen. Die soziale Lage junger Europäer, soweit sie hier zur Sprache gekommen ist, ist daher wesentlich geprägt von Nachholbedarf auf den Gebieten Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen. Die zunehmende Relevanz von Bildung und Verlängerung der Bildungsphase junger Menschen ist in allen EU-Mitgliedstaaten zu konstatierende Entwicklungstendenz. Auch zeigen sich europaweite Probleme Jugendlicher während des Übergangs von der Schule in den Beruf. Darunter befinden sich das frühzeitige Verlassen des Bildungssystems, die sich ausweitende Jugendarbeitslosigkeit bzw. die langen Wartezeiten bis zum Zugang zur ersten Anstellung und, dass es keine gezielte Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und junge Erwachsene in den meisten EU-Mitgliedstaaten gibt. Konsequenzen dieser Probleme sind u.a. eine verspätete Verselbständigung junger Menschen und die Verengung des Zeitfensters zur Bewältigung anderer Entwicklungsaufgaben des jungen Erwachsenenalters. Weiter zeigt die Analyse der Lage der Jugend, dass ökonomischer, technologischer und sozialer Wandel zu einem zunehmenden Verschwinden der „Normalbiographie“ führt: Lebensverläufe sind nicht mehr „linear“ d.h., dass die Schritte und Zeiten, in denen sich junge Menschen der Ausbildung und beruflichen Qualifikation, der Arbeit und der Familiengründung widmen, nicht mehr nach einander, in einer standardisierten Form funktionieren. Daraus ergibt sich in vielen EU-Mitgliedstaaten ein längeres Verbleiben des Einzelnen in seiner Herkunftsfamilie, also im Nicht-vollen Erwachsenenstatus. Die Zunahme von Armut bzw. der in Armut aufwachsenden Kindern und Jugendlichen sowie die aus den neuen sozialen und kulturellen Ungleichheiten resultierenden Probleme der Segregation und Ausgrenzung bestimmter Gruppen (z.B. bei Langzeitarbeitslosen, alleinerziehenden Müttern, Migrant/-innen,

Flüchtlingen, etc.) aus dem Arbeitsmarkt, dem Konsum und dem sozialen Leben, stellt den Zusammenhalt einiger europäischer Gesellschaften in Frage. Eine Situation, auf die auch die Jugendpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten eine angemessene Antwort geben müsste. Diese Phänomene, zusammen mit einer zunehmenden Alterung der einheimischen Bevölkerung und die durch den Prozess der Globalisierung sich verstärkenden Binnen- und transnationalen Wanderungsprozessen, sind dabei, die soziale und kulturelle Struktur der meisten Gesellschaften Europas in Richtung einer zunehmenden kulturellen Heterogenität zu verändern. Dies ist eine Entwicklung, auf die manche Personen und Gruppen innerhalb der „Mehrheitsbevölkerungen“ nicht vorbereitet sind. Als Ergebnis solcher Entwicklungen, entstehen oder verstärken sich in vielen Mitgliedstaaten und insbesondere bei unterprivilegierten Jugendlichen, problematische Einstellungen und Verhaltensweisen wie Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus. Auch hierzu müssen die nationalen Jugendpolitiken sowie die europäische, angemessene Antworten finden, die über einzelne Programme und Maßnahmen hinausgehen.